

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

14.07.2026

Ausschussbetreuender Fachbereich

Jugend und Soziales

Schriftführung

Tatjana Mark

Telefon-Nr.

02202-141866

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss

Sitzung am Donnerstag, 28.05.2026

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 18:35 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil
0206/2026**
- 6 Kostenentwicklung der Kita Projekte im Kita Ausbauprogramm**

0360/2026

- 7 Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte Dreckspatz, Hoppersheider Weg 24 a, 51467 Bergisch Gladbach.**

0352/2026

- 8 Umwandlung einer Teilzeitstelle (0,5) in eine Vollzeitstelle (1,0) im Treffpunkt Kindertagespflege (TKT)**

0351/2026

- 9 Spielplatzpflege - Sachstandsmitteilung**

0246/2026

- 10 Satzung für das Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung der VIII. Nachtragssatzung**

0314/2026

- 11 Anträge der Fraktionen**

- 11.1 Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion vom 13.05.2026 zum Standort und zur weiteren Arbeit des Q1**

0374/2026

- 12 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Frau Opiela (Vorsitzende) begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Nach Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung verliest sie die entschuldigten Mitglieder:

- Frau Dahm (Inklusionsbeirat), vertreten durch Herrn Holst (Inklusionsbeirat)
- Herr Schulte (Diakonisches Werk Köln und Region), vertreten durch Herrn Wörmann (Ev. Kirchenkreis Köln rechtsrheinisch)
- Frau Heller (IG Kindertagespflege) ohne Vertretung, sie nimmt verspätet teil

Im Anschluss werden Frau Pötschke (Agentur für Arbeit), Herr Wörmann (Ev. Kirchenkreis Köln rechtsrheinisch) und Herr Hintz (Stadtjugendring) verpflichtet. Dazu sprechen sie folgenden Text:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Bergisch Gladbach erfüllen werde (So wahr mir Gott helfe).“

Aufgrund des eingegangenen Antrags der Fraktionen Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und SPD wird darüber abgestimmt, ob dieser in die Tagesordnung aufgenommen werden soll. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses einstimmen dafür und die Tagesordnung wird entsprechend geändert.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

3. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Frau Opiela (Vorsitzende) teilt mit, dass in dieser Woche der Kinderreport 2026 des Deutschen Kinderhilfswerkes veröffentlicht wurde. In diesem Rahmen seien jeweils über 1000 Personen in zwei Kohorten befragt worden, Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 17 Jahren sowie Erwachsene. Im Mittelpunkt habe die Frage gestanden, welche Veränderungen nötig wären, um Bildung gerechter zu machen. Karin Prien (Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend) habe geäußert, dass sie Bildung als „Schicksalsfrage für unser Land“ sehe. Die Antworten seien erstaunlich eindeutig ausgefallen: 93 Prozent der Erwachsenen hielten zusätzliches qualifiziertes Personal an Schulen und Kitas für wichtig. Lehrkräfte und Erzieherinnen sollten entlastet werden, damit mehr Zeit für pädagogische Arbeit bliebe. Auch bei Kindern und Jugendlichen sei die Zustimmung groß: Fast sieben von zehn wünschten sich mehr unterstützende Erwachsene an Schulen. Noch größer sei die Einigkeit bezüglich der Kosten. Bildung solle nach Ansicht der Befragten grundsätzlich kostenlos sein, von der Kita bis zur Schule inklusive Lernmaterialien. 90 % der Erwachsenen und 88 % der Kinder und Jugendlichen unterstützten diese Forderung. Hinzu komme ein weiteres Thema, das seit Jahren kontrovers diskutiert wird: Die Unterschiede zwischen den Bundesländern. 9 von 10 Erwachsenen hätten sich für einheitliche Bildungsstandards in Deutschland ausgesprochen. Auch Kinder und Jugendliche wünschten sich vergleichbare Regeln, unabhängig davon, in welchem Bundesland sie leben. Es lohne sich, die ganze Studie zu lesen.

Interessant sei auch der Punkt *Demokratiebildung und Mitbestimmung*. Ein starker Fokus liege auf der politischen Teilhabe: 88 Prozent forderten eine verbindliche Demokratiebildung an Schulen und zwei Drittel der Jugendlichen wünschten sich feste Mitbestimmungsrechte im Schulalltag. Auch in den Kitas werde mehr Partizipation gefordert.

Dies sei auch für den Jugendhilfeausschuss interessant, da der Report eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Institutionen, Kitas, Schulen und der offenen Kinder- und Jugendarbeit einfordere. Das hieße auch, dass die Schulsozialarbeit und Beratung ausgebaut werden müsse.

Der Report zeige, dass 87 Prozent der Bevölkerung flächendeckende Sozialarbeit und psychosoziale Beratungen an allen Schulen forderten. Auch solle der Ganztagsausbau qualitativ genutzt werden. Beim Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung dürfe nicht nur verwaltet werden, sondern die Kinder- und Jugendrechte, Freizeitspiele und Mitbestimmung müssten im Konzept gesichert werden.

Ein weiterer Aspekt sei die Unterstützung von Familien in belasteten Lebenslagen, das hieße auch eine gezielte Sprachförderung sowie niedrigschwellige Hilfen zur Erziehung.

Es gehe somit um grundsätzliche Fragen, zum Beispiel wieviel Chancengerechtigkeit eine Gesellschaft ihren Kindern ermöglichen wolle bzw. könne oder was in Bergisch Gladbach dazu geleistet werden könne.

Herr Blunck (Der Kinderschutzbund) gibt zu bedenken, dass den Fragen seiner Ansicht nach zwar alle zustimmen würden, dabei aber außer Acht gelassen werde, welche Nebenbedingungen damit einhergingen. Die Umfrage zeige lediglich, dass es einen bedingungslosen Mehrbedarf gebe, was das Ganze auch zu einem Risiko mache, wenn es politisch genutzt wird. Offene Fragen, zum Beispiel an welcher Stelle es dafür Kürzungen geben müsste – blieben offen. Er betont, dass diese Aussage nicht missverstanden werden solle, der Bedarf an den genannten Erweiterungen sei sicherlich allgemeiner Konsens, aber gleichzeitig müsse man auch die Haushalte im Blick behalten.

Herr Bertenrath (Schulen) stimmt dem teilweise zu. Allerdings sei es aus seiner Sicht eine Frage der Prioritäten, die gesetzt werden müssten. Dies sei Aufgabe des Jugendhilfeausschusses: Wo werden Prioritäten gesetzt? Wie schaffen wir Zukunft? Und was ist dafür notwendig?

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Werker (Verwaltung) teilt mit, dass es im Zuge der Neuaufstellung des Kinder- und Jugendförderplans, welcher ab 2027 gelten soll, eine standardisierte Online-Befragung von Kindern und Jugendlichen gegeben habe. Die Durchführung erfolgte von Januar bis März diesen Jahres und sie freue sich über die hohe Rücklaufquote: Insgesamt 2.204 Kinder und Jugendliche hätten teilgenommen.

Das Ziel dieser Befragung sei gewesen, die Perspektiven, Erfahrungen, Bedarfe und Erwartungen junger Menschen sichtbar zu machen und systematisch in die Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplans einzubeziehen.

Die Auswertung sei bereits weitestgehend erfolgt und die Ergebnisse sollten noch vor den Sommerferien auf der Website der Stadt Bergisch Gladbach veröffentlicht werden.

Anschließend werde man im Ausschuss gemeinsam (insbesondere mit den freien Trägern) die Einordnung im Kontext des Kinder- und Jugendförderplans vornehmen.

Weiter erinnert sie daran, dass beschlossen wurde, dass es einen interfraktionellen Austausch zur Spielplatz-Strukturanalyse geben solle. Dieser werde am 30.06.2026 stattfinden. Aufgrund der Doppelbeteiligung des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Infrastruktur, Umwelt, Sicherheit und Ordnung (AIUSO), seien alle Fraktionen, die mindestens einem dieser Ausschüsse angehören, eingeladen, mit jeweils einem Ausschussmitglied an diesem Termin teilzunehmen. Eine Einladung folge.

Als dritten Punkt führt sie an, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit dieses Jahr ein großes Sommerfest feiern werde. Dazu gebe es ein Flyer.

Herr Muth (Verwaltung) berichtet vom Gleispark. Es handle sich dabei um eine Art Jugend- und Familienpark, der am 9. Mai eröffnet worden sei. Die Eröffnung sei aus seiner Sicht sehr gelungen, auch die Presse habe davon berichtet. Zudem habe man erfreulicherweise in fußläufiger Nähe liegende Jugendzentren gewinnen können: So wurden das Q1, das Café Leichtsin, das Cross sowie das Mehrgenerationenhaus der evangelischen Kirche mit Angeboten aktiv: Die Evangelische Kirche bzw. das Q1 haben einen Menschenkicker, das Kinder- und Jugendzentrum Cross ein Boxtraining, das Café Leichtsin Bogenschießen und das Mehrgenerationenhaus ein Spielmobil angeboten. Alle Angebote seien sehr gut angenommen worden.

Das Spielmobil sei montags von 10 bis 18 Uhr am Gleispark für Kinder und Familien verfügbar. Mittwochs sei dann das Cross von 15 bis 19 Uhr mit einem Angebot vor Ort. Parallel gebe es ein Basketballangebot, was dank der Bergischen Löwen und dem TV Herkenrath ermöglicht werden konnte. Donnerstags biete das Q1 von 14 bis 19 Uhr Fußball und Athletikangebote der Sportvereine. Samstags sei wiederum das Kaffee-Leichtsin von 13 bis 17 Uhr vor Ort und biete im Wechsel ein inklusives Fußball- bzw. Basketballangebot. Hinsichtlich der Inklusivität von weiteren Angeboten arbeite man mit der Servicestelle für Inklusion in der Freizeit (InBeCo) zusammen.

Zwar fokussiere man sich im Gleispark derzeit eher auf die Jugend, doch zukünftig wolle man den Park auch für Seniorinnen und Senioren sowie für alle anderen Menschen attraktiv machen. Aus diesem Grund obliege die Steuerung der Abteilung *Soziale Stadtentwicklung*, in enger Kooperation mit der Abteilung *Kinder, Jugend und Familienförderung*. Man befinde sich nun in der Entwicklungsphase, probiere Verschiedenes aus und lerne ständig dazu.

Abschließend lobt er die Zusammenarbeit mit den Trägern, die abteilungsübergreifende Arbeit, sowie die kurzfristige Umsetzung und beschreibt den Gleispark als „Tor für die Entwicklung des Zanders-Areals“. Die Stadt Bergisch Gladbach könne stolz darauf sein.

Frau Muth (AG Jugendhilfe) zieht eine erste positive Bilanz, nachdem im Gleispark nun seit knapp drei Wochen Angebote vorgehalten wurden. Man müsse bedenken, dass es sich um ein Outdoor-Angebot handelt, somit habe man bisher schon verschiedenste Wetterverhältnisse erlebt. Dennoch sei die Nachfrage von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen groß. Selbst bei Regen hätten in der ersten Woche zwanzig Personen teilgenommen, in der darauffolgenden Woche seien es dann schon fünfzig gewesen. Auch die Rückmeldungen der Jugendlichen seien bisher sehr positiv ausgefallen: Die Angebote vor Ort würden als Bereicherung empfunden, die Bedürfnisse würden erfüllt. Auch die Ansprechpartnerinnen bzw. Ansprechpartner vor Ort seien sehr wertschätzend angenommen worden.

Herr Gleichmann (CDU) findet, dass sich das Angebot insgesamt gut anhört. Mit einem kritischem Blick auf das Thema Inklusion fragt er nach konkreten Planungen. Sollen beispielsweise Spielgeräte beschafft werden, die auch für Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer nutzbar sind?

Herr Muth (Verwaltung) antwortet, dass es aktuell keine geplanten Neuanschaffungen gebe. Zudem weist er darauf hin, dass man sich noch in der Anfangsphase befinde und eine Weiterentwicklung geplant sei. Auch sei man mit der Servicestelle für Inklusion in der Freizeit (InBeCo) im Gespräch, um zu prüfen, wie das Gelände praktisch genutzt werden könnte. Inklusion sei ein Thema, was ganz oben anstehe.

Er teilt außerdem mit, dass die Umsetzung des Parks nicht durch den Fachbereich 5, sondern durch die Stadtplanung bzw. das Zanders-Projekt erfolgt sei.

Frau Häuser (Jugendamtselternbeirat) fragt, wo Informationen zu den jeweiligen Angeboten und Zeitfenstern veröffentlicht werden. Auf Instagram oder im Status bei WhatsApp habe sie bisher nichts dazu gefunden. Zum Thema Inklusion kritisiert sie, dass es vor Ort nur einen Sinneswürfel gibt. Sie hebt die Vielfalt der Stadt Bergisch Gladbach hervor und merkt an, dass der Fachbereich 5 – wenngleich die Umsetzung woanders lag – ihrer Ansicht nach nicht ausreichend tätig geworden sei.

Herr Muth (Verwaltung) antwortet, dass die Werbung für die Angebote bei den Einrichtungen selbst liege. Er gehe aber davon aus, dass zukünftig auch seitens der Verwaltung Maßnahmen entwickelt werden. Man verstehe das Ganze als ein Projekt und glücklicherweise habe man durch

den Landesjugendförderplan 22.000 Euro akquirieren können. Dies ermögliche erst diese Sportangebote sowie weitere geplante Anschaffungen im mobilen Bereich. Er hoffe, dass durch die geplante Pilotphase bis Ende des Jahres erarbeitet werden könne, welche Nachsteuerungen nötig und möglich sind bzw. in welche Richtung sich alles entwickelt. Bezüglich der inklusiven Gestaltung könne er nichts sagen, weil die Umsetzung nicht im Fachbereich 5 lag.

Herr Komenda (SPD) bedankt sich für die Ausführungen. Diese entsprächen auch seiner Wahrnehmung. Die Jugendlichen hätten sehr gute Rückmeldungen gegeben. Es sei die Idee aufgekommen, die Skate-Anlagen im Winter in eine der leeren Hallen zu stellen. Er bittet darum, diese Idee zu prüfen.

Herr Gleichmann (CDU) bezieht sich auf den Wortbeitrag von Frau Häuser (Jugendamtseleiterinbeitrag). Er verstehe, dass die Zuständigkeit für die Umsetzung nicht beim Fachbereich 5 gelegen habe. Dennoch regt er eine Kommunikation an, die über die Fachbereiche hinausgeht. Zwar wisse er nicht, wie die Koordination genau aussehe, aber er gehe davon aus, dass man so zukünftig Zeit sparen könne.

5. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
0206/2026

Keine Wortmeldungen.

6. **Kostenentwicklung der Kita Projekte im Kita Ausbauprogramm**
0360/2026

Herr Grabosch (CDU) bezieht sich auf die in der Vorlage genannte Abstimmung mit den Betreibern. Er fragt, ob es die Möglichkeit gebe, dies schon im Vorhinein zu klären, um unnötige Kosten zu vermeiden.

Frau Werker (Verwaltung) antwortet, dass es sich um ein mehrstufiges Verfahren handle. Bezüglich der Kitas habe man es so gehandhabt, dass zunächst der Grundsatzbeschluss für das Kita-Ausbauprogramm sowie zur Vergabe der Träger eingeholt wurde. Da man jedoch erst mit dem Maßnahmebeschluss die Sicherheit hat, dass die Kitas wirklich gebaut werden, konnte auch dann erst das Vergabeverfahren für die Träger veröffentlicht werden. Ein europaweites Vergabeverfahren dauere in der Regel ungefähr neun Monate. In dieser Zeit sei die Planung weitergelaufen. Das habe zur Folge gehabt, dass mit der Kita Schulstraße (dem ersten Projekt) bereits entsprechend weit war, und zwar noch bevor der Träger festgelegt war und bei der Planung mitwirken konnte. Es handele sich um einen sehr erfahrenen Träger, der viele wichtige Hinweise gegeben habe, welche mit weiteren Planungsprozessen einhergingen. Hinsichtlich des zweiten und dritten Projekts teilt sie mit, dass im Voraus geplant wurde und demnach vergleichsweise weniger Folgeprozesse notwendig waren. Dennoch habe sie derzeit keine Idee, welche Strategie es geben könnte, um die Prozesse des ersten Projekts noch besser zu steuern. Sie sei aber ausdrücklich offen für Impulse – insbesondere auch mit Blick auf die Zukunft bzw. den potenziellen Bau weiterer Kitas.

Herr Cremer (AfD) kritisiert, dass es in der Vergangenheit bei Projekten dieser Art immer wieder dazu gekommen sei, dass sich im Laufe des Gesamtprozesses weitere hohe Kosten ergaben. Dies habe er auch in vorherigen Sitzungen angesprochen. Er fragt, ob es möglich sei, von Beginn an einen höheren Zuschlag zu kalkulieren. Zudem merkt er an, dass die Schulbau GmbH ursprünglich fünf Prozent Mehrkosten eingeplant habe, was aber nicht berücksichtigt worden sei. Er fragt, wer dafür verantwortlich war.

Als letzten Punkt merkt er an, dass bei jedem Hausbau Anschlüsse bzw. Leitungen für Wasser und Strom notwendig seien. Er könne nicht nachvollziehen, warum dies hier nicht berücksichtigt wurde.

Frau Werker (Verwaltung) erklärt, dass dies weniger mit dem Bauprozess zu tun habe, sondern mit der Haushaltsplanung zusammenhänge. Die Verwaltung sei dazu angehalten, den Haushalt so schmal und dennoch so realistisch wie möglich zu planen. Aus diesem Grund werde das Einplanen von Pauschalen vermieden. Schließlich sei stets unklar, ob diese tatsächlich gebraucht werden oder nicht. Dies habe damit zu tun, dass die Planungsphasen den Haushalt entsprechend aufblähen könnten, weil man erst im Ergebnis feststellen könne, ob der Bedarf ggf. doch niedriger war.

Allerdings liege die Zuständigkeit für Fragestellungen wie diese ganz woanders in der Stadtverwaltung, nämlich bei den verantwortlichen Stellen der Finanzplanung. Dies gelte auch für die Haushaltsplanung, welche verschiedene Schichten umfasse, z. B. „Wie wird der Haushalt eingereicht“ oder „Wird es ein Haushaltssicherheitskonzept geben oder nicht?“

Nach diesem Prinzip würden auch die Baupläne geplant. Sie verstehe, dass dies auf den ersten Blick Fragen aufwerfe. Da aus den genannten Gründen keine Pauschalisierung erfolgen soll, verzichte man aber darauf, Kosten einzuplanen, deren genaue Höhe noch nicht klar ist. Eine konkrete Planung erfolge erst, wenn die Beträge feststehen.

Herr Cremer (AfD) erwidert, dass es durchaus Instrumente gebe, um bei solchen Projekten schon im Voraus eine realitätsnahe Berechnung zu erhalten. Er sehe keinen Mehrwert darin, mit „schöngerechneten Kosten“ zu planen, die zwar zunächst in den Haushalt passen, aber am Ende – durch zu erwartende Zusatzkosten – doch deutlich teurer werden.

Frau Werker (Verwaltung) antwortet, dass man sich gerade in den Fachausschüssen darum bemühe, die Kostenberechnungen möglichst transparent darzustellen. In der Vergangenheit habe man darüber aufgeklärt, dass die Schulbau GmbH die genannte Pauschale einplanen möchte, aber die Verwaltung aus den genannten Gründen davon absehe. Dieser Beschlussvorschlag sei in der Beratungsfolge sogar bis in den Rat gegangen. Es handele sich daher nicht um ein „Schönrechnen“, sondern um die Umsetzung eines gemeinsamen Beschlusses und die Darstellung, welche Strategie derzeit verfolgt wird.

Herr Eschbach (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) bezieht sich auf die drei Kitas aus dem Ausbauprogramm. Es gebe noch zwei weitere theoretische Kitas auf dem Plan. Zum einen die Kita Fürstenbrunnchen bzw. zum anderen – wenn die Container weg wären – einen möglichen Standort an der Bensberger Straße.

Hinsichtlich der Belegungszahlen bzw. aufgrund der Rückgangs-Prognosen stellt er die Frage, ob es sein könnte, dass eine oder vielleicht auch zwei der Kitas nicht benötigt werden. Eine leere Kita sei zu vermeiden.

Frau Werker (Verwaltung) bestätigt, dass es sich bei den Planungszahlen um ein theoretisches Konstrukt handle.

Sie wolle daher aktuell auf eine Prognose verzichten. Es sei nicht sicher voraussagbar, wie das Ganze aussehen würde, falls das Bauprojekt zukünftig komme.

Frau Opiela (Vorsitzende) merkt an, dass die Bedarfe in Bezirk 5 und Bezirk 6 immer sehr hoch seien. Wenn gerade in Sand, Stadtmitte und Schildgen neue Kitas eröffnet werden, würde das für manche eine entsprechende Anfahrt bedeuten. Sie bittet – wenn die neuen Zahlen da sind – um eine Darstellung, wie viele Personen dies betreffe.

Herr Blunck (Der Kinderschutzbund) verweist auf die Inflation und äußert in diesem Zusammenhang sein Verständnis darüber, dass man insbesondere im Baubereich von Schätzungen Abstand nehme. Er fragt, ob Inflationspauschalen berücksichtigt wurden, da absehbar sei, dass die Baukosten steigen. Er bittet darum, seine Aussage nicht misszuverstehen, auch er habe keine besseren Zahlen. Weiter möchte er wissen, ob dies offen gehandelt werde oder es sich um eine Verschlussache handle. Letzteren Fall könne er nachvollziehen.

Frau Werker (Verwaltung) erwidert, dass dies nicht ganz einfach zu beantworten sei, weil es sehr viele unterschiedliche Bauakteure bei der Stadt gebe, die sich auf unterschiedliche Baukosten-Index-Kosten bezögen. Es gebe zudem unterschiedliche Stadien, in denen Planungszahlen veröffentlicht würden: Ganz zu Beginn des Bauprojekts – in der Schätzungsphase – sei damals

tatsächlich beim Grundsatzbeschluss mit einer Steigerung vom Baukosten-Index plus 15 Prozent gerechnet worden. Der Maßnahmenbeschluss beruhte in diesem Fall auf Kostenangeboten, was wiederum eine ganz andere Ebene gewesen sei. Daher unterscheide sich dies je Bauprojekt. Zwar werde es in den einzelnen Fachbereichen meist ähnlich gehandhabt, aber das gelte nicht stadtweit.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Mehrkosten von 2.223.973,33 € für die Bauvorhaben Kita „Schulstraße“, Kita „Nittumer Weg“ sowie Kita „Jakobstraße“ überplanmäßig bereit zu stellen.

Die Mittelbereitstellung von 861.397,77 €, die im Jahr 2026 fällig werden, erfolgt über den I Auftrag I53013002.

Die restlichen Mehrkosten von 1.362.575,56 €, die im Jahr 2027 fällig werden, sind über die Verpflichtungsermächtigung vom I Auftrag 57013001 sichergestellt.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen einstimmig für den Beschlussvorschlag.

7. **Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte Dreckspatz, Hoppersheider Weg 24 a, 51467 Bergisch Gladbach.**
0352/2026

Frau Werker (Verwaltung) teilt mit, dass die Unterlagen in dieser Sache noch nicht vollumfänglich vorliegen und somit keine abschließende Vorlage erstellt werden konnte. Der Tagesordnungspunkt sei demnach von der Tagesordnung genommen worden.

Herr Eschbach (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) fragt, ob – sobald die Unterlagen vorliegen – ein Dringlichkeitsbeschluss erfolgen könnte, falls die nächste Sitzung ausfallen sollte.

Frau Werker (Verwaltung) versichert, dass der Ausschuss stattfinden werde. Generell sei es aber so, dass Dringlichkeitsbeschlüsse bei Bedarf umgesetzt werden, falls sich dringende Sanierungs- und Reparaturarbeiten an Kitas ergeben.

Der Beschluss wird vertagt.

8. **Umwandlung einer Teilzeitstelle (0,5) in eine Vollzeitstelle (1,0) im Treffpunkt Kindertagespflege (TKT)**
0351/2026

Herr Cremer (AfD) fragt, ob es korrekt sei, dass die Kosten für das Personal nicht direkt von der Stadt getätigt werden, sondern nur der Träger bezahlt werde.

Frau Engelberth (Verwaltung) antwortet, dass richtig sei, dass die Stadt dem Träger den Förderbetrag zur Verfügung stelle und dieser das Geld zur Deckung der Personalkosten weiterleitet. In diesem Fall sei die Förderung aufgrund des in der Vorlage beschriebenen Vertretungsmodells verpflichtend.

Herr Cremer (AfD) teilt mit, dass der Träger nach seinem Verständnis verpflichtet sei, so zu haushalten, dass das Personal mit der Summe, die die Stadt Bergisch Gladbach zur Verfügung gestellt hat, bezahlt werden kann.

Frau Werker (Verwaltung) erwidert, dass es unterschiedliche Fördermodelle für unterschiedliche Themenbereiche gebe. Einerseits die 100%-Förderungen, welche eins zu eins weitergeleitet werden. Andererseits gebe es auch Pauschalförderungen. Im genannten Fall gehe es um eine vollumfängliche Förderung, zu der die Stadt verpflichtet sei. Somit werde der Betrag dann auch vollständig weitergeleitet. Dies hänge mit der Rechtsgrundlage und der entsprechenden Fördersystematik zusammen.

Herr Cremer (AfD) fragt, ob das bedeute, dass es in diesem Fall eine gesetzlich geregelte Zahlungsverpflichtung gebe.

Frau Werker (Verwaltung) bejaht dies.

Herr Paduch (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) erinnert daran, dass im diesbezüglichen Austausch mehrfach die Wichtigkeit der Kindertagespflege festgehalten worden sei. Keine Gelder zur Verfügung zu stellen, wäre daher aus seiner Sicht nicht nachvollziehbar.

Beschlussvorschlag

Der Umwandlung einer Teilzeitstelle mit dem Stundenumfang von bisher 0,5 in eine Vollzeitstelle (1,0) wird vorbehaltlich der Mittelverfügbarkeit aufgrund des Haushaltsbegleitbeschlusses 2026 Nr. 3 (Sachkosteneinsparung) und der Genehmigung des Haushaltes 2026 durch die Kommunalaufsicht zugestimmt. Die Finanzierung für die Folgejahre wird gesichert. Das Ziel ist ein Einsatz von 2,5 (2 VZ + 0,5 Teilzeit) Tagespflegepersonen im TKT. Die Mittel werden dem Deutschen Roten Kreuz als Träger zur Verfügung gestellt.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen einstimmig für den Beschlussvorschlag.

9. Spielplatzpflege - Sachstandsmitteilung **0246/2026**

Herr Gleichmann (CDU) nimmt Bezug auf die Spielplatzstrukturanalyse. Zwar liege das Ergebnis seiner Kenntnis nach noch nicht vor, aber ihn würde interessieren, wie es aussehen würde, im Hinblick auf die 133 Spielplätze mehr in Richtung von Spielplatzzentren zu gehen. Gemeint sei, auf einen Teil der Spielplätze zu verzichten und den Fokus eher auf Spielplatzzentren zu richten, wie zum Beispiel den Abenteuerspielplatz in Hebborn.

Er habe mit vielen Eltern gesprochen und sei auch selbst viel vor Ort. In den Gesprächen sei thematisiert worden, dass es im Umkreis von zwei Kilometern sechs Spielplätze gebe, von denen manchmal noch nicht einmal die Hälfte bespielt werde. Er überlegt, ob man sich die Wartungen sparen könnte, um das Geld in andere sinnvolle Orte zu investieren.

Frau Werker (Verwaltung) antwortet, dass sich damit auch die Spielplatzstrukturanalyse befasse. Zunächst werde der Bestand dargelegt, um anschließend den Bedarf festzustellen. In diesem Rahmen sei eine qualitative Erhebung auf Basis von Bürgerdialogen durchgeführt worden. Auf quantitativer Ebene gebe es außerdem das Grünflächenkataster und damit eine klare Datengrundlage, wie viel Fläche und wie viele Spielgeräte es in der Stadt gibt. Für den Jugendhilfeausschuss sei das Thema zwar spannend, aber gleichzeitig auch zu umfangreich. Sie befürchte daher, dass aus Kapazitätsgründen nicht die erforderliche Tiefe erreicht werden könnte. Als Lösung sei daher das interfraktionelle Gespräch geplant, welches im

Sinne der Bürgerinnen und Bürger einen mehrstündigen Austausch ermögliche. Das Ganze werde dann in ein Konzept überführt, welches im zweiten Halbjahr dieses Jahres zur Entscheidung in diesen Ausschuss sowie in den AIUSO vorgelegt werde.

Herr Cremer (AfD) fragt, ob im Rahmen der Bestandsaufnahme das Thema Inklusion mitgedacht wurde bzw. ob man es mit aufnehmen könne, um ein noch umfassenderes Bild zu erhalten.

Frau Werker (Verwaltung) teilt mit, dass sie die Frage mitnehmen werde, um sie genau beantworten zu können.

Herr Blunck (Der Kinderschutzbund) bezieht sich auf die regelmäßigen Kontrollen der Spielplätze gemäß DIN EN 1176. Er regt an, diese für die Erstellung eines Zustandsberichts zu nutzen und darin anzugeben, wie viel Prozent der Spielplätze in Ordnung bzw. nicht in Ordnung sind.

Frau Werker (Verwaltung) antwortet, dass sie darauf ad hoc nicht sicher antworten könne. Hinsichtlich des Wortbeitrags von Herrn Blunck teilt sie jedoch mit, dass es bereits Dokumentationen über die Spielplatzkontrollen gebe. Diese seien sehr wichtig, weil die Spielgeräte sonst gesperrt werden müssten. Diese Datengrundlage sei Teil des Grünflächenkatasters. Die Ergebnisse würden im interfraktionellen Gespräch mitgeteilt werden.

Herr Eschbach (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) gibt zu bedenken, dass es zwei Stellen weniger gebe als anfangs gedacht. Er fragt daher, ob es korrekt sei, dass die Durchführung der Spielplatzbegehungen dadurch erschwert werde.

Frau Werker (Verwaltung) bejaht dies, allerdings gehöre diese Diskussion nicht in den Jugendhilfeausschuss, sondern in den AIUSO, da dieser der zuständige Fachausschuss sei.

10. Satzung für das Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung der VIII. Nachtragssatzung
0314/2026

Keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die der Vorlage beigelegte VIII. Nachtragssatzung wird mit sofortiger Wirkung beschlossen.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

11. Anträge der Fraktionen

11.1. Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion vom 13.05.2026 zum Standort und zur weiteren Arbeit des Q1
0374/2026

Herr Komenda (SPD) bedankt sich, dass der Antrag so kurzfristig auf die Tagesordnung genommen wurde. Für ihn sei das ein Zeichen dafür, dass alle an einer gemeinsamen und guten Lösung für das Thema Q1 interessiert seien.

Der Antrag verfolge nicht das Ziel, etwas Grundsätzliches neu zu beschließen. Es gebe bereits viele gute Planungen, welche die Verwaltung in Abstimmung mit der Leitung des Q1 seit über einem Jahr vorantreibe. Man wolle bei der Weiterentwicklung der Jugendarbeit nah an diesen Planungen bleiben. Dies halte er angesichts der Fortentwicklung des Zanders Areals zu einem

neuen städtischen Zentrum für sehr sinnvoll. Als positives Beispiel nennt er den Gleispark. Es gebe Anlass zum Optimismus, dass auch weiterhin Gutes passieren werde. Es sei wichtig, dass zusätzlich zu der in die sozialräumliche Arbeit bzw. in die Zentralwerkstatt integrierte Jugendarbeit eigene Räume für Jugendliche existieren, die einen offenen Treff ermöglichen bzw. weitere Optionen bieten, um eigene Bedarfe umzusetzen. Dies sei der Grund für den Antrag und er würde sich freuen, wenn viele zustimmen.

Herr Gleichmann (CDU) teilt mit, dass die CDU-Fraktion zustimme.

Herr Cremer (AfD) lobt die Idee, gibt aber zu bedenken, dass die konkreten Strukturen für das Zanders-Gelände noch nicht feststünden. Auch sei es unwahrscheinlich, dass das Q1 in die Zentralwerkstatt einzieht. Man könne das im Auge behalten und werde mit Sicherheit einen Platz für das Q1 auf dem Zanders-Gelände finden. Aber jetzt schon die Details festzulegen, werde nicht funktionieren. Zu viele Details würden bisher fehlen, zum Beispiel wo die Leitungen liegen oder wo was gebaut wird. Jetzt schon festzulegen, wo das Q1 seinen Platz finden würde, sei demnach viel zu früh.

Herr Reinhold (Stadtjugendring) teilt mit, dass der Stadtjugendring dem Antrag grundsätzlich zustimme. Gesicherte Orte für Jugendzentren seien ein wichtiger Teil der Kinder- und Jugendarbeit in Bergisch Gladbach. Vielmehr gehe es aber um das Wie. Im Antrag stehe, dass ein Standort jenseits der Zentralwerkstatt gesucht werden soll. In diesem Zusammenhang bezieht er sich auf das Gebäude, in welchem die Jugendarbeit derzeit stattfindet. Dieses sei fußläufig gar nicht so weit entfernt, sei aber vor wenigen Monaten mit politischem Beschluss abgelehnt worden. Er wolle dennoch betonen, dass es diese Möglichkeit gebe. Er zeigt sich erstaunt, weil in dem Antrag explizit die Berücksichtigung der Pfadfinderinnen und Pfadfinder erwähnt worden sei – obwohl die Politik sich vor wenigen Monaten in der diesbezüglichen Diskussion noch gegen die Forderungen der Pfadfinderinnen und Pfadfinder ausgesprochen habe.

Herr Komenda (SPD) bedankt sich für die Wortbeiträge. Zunächst nimmt er Bezug auf den Wortbeitrag von Herrn Cremer (AfD). Es sei möglich, dass bereits 2028 eine Nutzung als kulturelles Zentrum möglich sei. Jetzt schon festzulegen, dass Jugendliche entsprechend berücksichtigt werden, halte er nicht für zu früh. Insbesondere, weil dafür langfristige Planungen notwendig seien. Insgesamt sei es besser, wenn man zu früh plane, anstatt zu spät. Das Gleiche gelte insgesamt für die Planung eines Jugendzentrums.

Hinsichtlich des Zanders-Geländes kämen viele Akteurinnen und Akteure mit unterschiedlichen Wünschen zusammen. Deshalb wolle man der Verwaltung frühzeitig den Handlungsauftrag geben und damit auch eine ausdrückliche Befürwortung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ausdrücken.

Als zweiten Punkt geht er auf das Jugendzentrum am Quirlsberg ein. Dieses finde sowohl Erwähnung im Antrag als auch in der verfassten Pressemitteilung. Es stehe außer Frage, dass dies ein toller Ort für Jugendliche bzw. Jugendarbeit sei.

Die voraussichtlichen Kosten seien jedoch enorm und auf dem Zanders-Gelände gebe es zudem viel mehr Möglichkeiten, um das Ganze zu integrieren, auch im Hinblick auf Fördermöglichkeiten und die voraussichtliche Entwicklung des Haushalts. Es sei klar, was der Wunsch der Pfadfinderinnen und Pfadfinder sei, jedoch müssten auch viele andere Wünsche einbezogen werden, zum Beispiel Wünsche von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern oder anderen Jugendlichen.

Das Zanders-Gelände werde von vielen Jugendlichen genutzt und biete die Möglichkeit, einen neuen Ort zu schaffen. Einen Ort, der durch die neue Ausstattung der Infrastruktur viele neue Möglichkeiten biete und damit hohes Planungspotenzial habe. So könnten auch andere Gruppen profitieren, zum Beispiel hinsichtlich möglicher Veranstaltungen oder Versammlungen.

Herr Gleichmann (CDU) stimmt ihm zu. Es gebe hier kein „zu früh“, sondern nur ein „zu spät“. Man müsse den Druck aufrecht erhalten, damit das Thema nicht untergeht.

Zudem drehe die Jugendarbeit in Bergisch Gladbach sich nicht ausschließlich um das Q1: Man habe insgesamt die Verantwortung, mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln

verantwortungsvoll umzugehen. Traurigerweise bedeute dies auch, dass ein Gebäude nicht im zweistelligen Millionenbereich saniert werden könne. Dies sei einfach nicht möglich.

Frau Muth (Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe) bestätigt, wie wichtig es sei, eigenkonzipierte Räume für Jugendliche zur Verfügung zu stellen. Eine Multifunktionsnutzung stoße immer an Grenzen, das verdeutliche der Antrag. Aus diesem Grund sei er fachlich sehr sinnvoll und hilfreich. Auch setze er nochmal ein Zeichen für die Offene Kinder und Jugendarbeit.

Herr Muth (Verwaltung) möchte den Sachstand verdeutlichen, da dieser nicht allen bekannt sei: Nachdem klar war, dass die Räumlichkeiten – auch aufgrund des Gebäudezustands – durch die evangelische Kirche gekündigt wurden, habe man bereits im Jahr 2025 Gespräche geführt. Mittlerweile gebe es die Beschlusslage, Sicherheitsmaßnahmen durchzuführen, damit zunächst eine Fortführung ermöglicht wird. So sei die Frage aufgekommen, was das für die Offene Kinder- und Jugendarbeit bzw. für das Q1 bedeute.

Das Thema wurde zunächst in der Abteilung Kinder- Jugend und Familienförderung bearbeitet. Die Abteilung Soziale Förderung sei involviert worden, weil diese im Sinne der Sozialen Stadtentwicklung den Gleispark, die Zentralwerkstatt und das Areal insgesamt betrachten. So ergab sich die enge Zusammenarbeit.

Er berichtet, dass am 25.06.2026 gemeinsam mit dem Q1 und der evangelischen Kirche konzeptionelle Eckpunkte besprochen worden seien. Daraus gehe hervor, dass man etwas ganz Neues konzipieren wolle. Die Idee sei – wie im letzten Kinder- und Jugendförderplan auf Seite 19 und 20 erwähnt – dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit die Lebenswelt vor Ort, im Gleispark, in der Zentralwerkstatt bzw. allem, was da kommt, mit aufnehme.

Auch habe man von Anfang an festgelegt, dass es einen festen Raum geben solle. Wo dieser Raum sein werde, hänge von vielen Faktoren ab, zum Beispiel was mit dem Q1 sei, wie die Beschlusslage in Bezug auf die Hauptstraße aussehe oder was in oder um die Zentralwerkstatt ermöglicht werden könne.

Das Ziel sei, das Ganze gemeinsam, offen sowie fachlich sinnvoll zu entwickeln. Das bedeute nicht, jetzt schon festzulegen, was zum aktuellen Stand noch gar nicht sicher voraussagbar sei. Ziel sei ein neuer und innovativer Weg, von dem er überzeugt sei, dass er gut ist und dass er auch die Offene Kinder- und Jugendarbeit nach vorne bringen wird. Konzepte, die seit Jahren diskutiert wurden, könnten nun ggf. umgesetzt werden.

Natürlich könne er keine Garantie geben, was funktionieren werde und was nicht, aber man werde die neuen Erfahrungen einbeziehen, welche sich mit der Zeit ergeben.

Abschließend bezieht er sich auf die im Antrag genannten 25 Wochenstunden. Dies sei schwierig umzusetzen, denn so ergebe sich ein Jugendzentrum, welches mit zwei Stellen voll gefördert werden muss. Eine Ergänzung zur Zentralwerkstatt und zum Gleispark sei dann nicht möglich. In diesem Fall müsse man sich entscheiden: Will die Stadt mehr Geld in die Hand nehmen oder versucht man, mit den bestehenden Mitteln ein Konzept zu finden, was beides erfüllen kann? Er ermutigt dazu, den Bedenken nicht zu viel Raum zu geben und auch Visionen zuzulassen.

Dann fasst er zusammen, dass der Antrag sehr förderungs- und unterstützungswürdig sei. Die 25 Stunden seien jedoch diskutabel.

Herr Reinhold (Stadtjugendring) teilt mit, dass der Stadtjugend nicht dagegen sei, mehr Projekte und Orte für Kinder und Jugendliche zu entwickeln. Im Gegenteil, man setze sich stets dafür ein, weil dies u. a. auch bedeute, dass verschiedene Dinge parallel angeboten werden könnten.

Er führt an, dass derzeit noch nicht klar sei, was die zuvor erwähnten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sich wünschen. Auch sei nicht sicher, wie hoch die Kosten bei einer Fortführung des Q1 an seinem jetzigen Standort tatsächlich werden. Derzeit werde mit Zahlen aus dem ursprünglichen Antrag gearbeitet, wobei es aber um einen möglichen Neubau gegangen sei.

Herr Fischer-Wesselmann (Katholische Jugendagentur) erinnert daran, dass die Jugendzentren sich in der letzten Legislaturperiode in einem Workshop vorgestellt haben. Zudem erwähnt er eine frühere Kampagne mit dem Slogan: *Jugendzentrum ist mehr als Freizeit*. Für viele Kinder und Jugendliche seien diese Jugendzentren ein zweites Zuhause und es gebe einen zunehmenden Bedarf an niedrigschwelligen Angeboten zu verschiedensten Themen, welche die Kinder- und Jugendlichen beschäftigen. Somit werde deutlich, dass es dafür Orte brauche. Orte, an denen man

nach der Schule zuverlässig Menschen antreffe bzw. Orte, um sich bei Bedarf öffnen zu können. Daher begrüße er den Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN sehr. Er finde die Idee gut, auch innovative Wege zu gehen, aber man befinde sich gerade im Prozess der Kinder- und Jugendförderplanung für 2027. In diesem Rahmen müsse man sich damit befassen, wie die aktuellen Bedarfe für solche Jugendzentren aussehen.

Sein Stand sei nicht, dass das Q1 nicht mehr besucht wurde. Im Gegenteil, es werde gut besucht und habe in dieser gelebten Kultur Bestand – wobei die Immobilie derzeit in Frage gestellt sei. Die Planungen auf dem Zanders-Areal klangen nach einem Kurs-Angebot, aber geteilte Räume funktionierten anders. Der Ersatz für den Quirlsberg solle aus seiner Sicht aber kein „Kursangebotsthema“ sein. Man müsse sich daher im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans die Frage stellen, ob das wirklich reiche bzw. ob es auch weiterhin einen Ort geben muss, der als klassisches Kinder- und Jugendzentrum fungiert.

Frau Gresser-Ritter (Evangelische Jugend) teilt mit, dass die Evangelische Vorbereitungsgruppe für den Jugendhilfeausschuss sich ebenfalls einstimmig dafür ausgesprochen habe, dass ein eigener Raum zur Verfügung gestellt wird. Der Antrag werde daher ausdrücklich unterstützt.

Frau Werker (Verwaltung) bedankt sich für den ausführlichen Fachdiskurs. Sie schlägt vor, dies im Hinblick auf die Jugendarbeit in der Stadtmitte im ersten Halbjahr 2027 zu wiederholen bzw. zu intensivieren – ggf. mit weiteren Beteiligten. Sie hebt hervor, dass am Ende alle am gleichen Ziel arbeiten: Man wolle das Beste für die Jugendlichen in der Stadtmitte. Sie freue sich daher auf den weiteren Austausch.

Herr Cremer (AfD) merkt an, dass die AfD-Fraktion den Antrag grundsätzlich nicht schlecht finde. Es werde aber kritisiert, sich nur auf das Zanders-Gelände zu fokussieren. Der Einbezug weiterer Orte, beispielsweise der Innenstadt, würde das Ganze flexibler machen.

Herr Paduch (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) zitiert einen Teil des Beschlussvorschlags: *Um die Arbeit des Q1 auch im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit Rückzugsmöglichkeit für Jugendliche zu sichern, wird die Verwaltung beauftragt, zusätzlich zu den Angeboten in der Zentralwerkstatt einen geeigneten, dauernd zur Verfügung stehenden Standort zu finden und einzurichten.* Der Antrag verfolge somit das Ziel, bezüglich möglicher Räumlichkeiten auch Orte zu prüfen, die über die Zentralwerkstatt hinausgingen.

Herr Cremer (AfD) entschuldigt sich, er habe den Antrag leider erst am heutigen Tage erhalten. Es handele sich um ein Missverständnis. Die AfD-Fraktion stimme somit ebenfalls zu.

Geänderter Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird damit beantragt, den Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN umzusetzen. Die Verwaltung behält sich vor, bezüglich der Feinheiten (z. B. der geforderten 25 Stunden pro Woche), nochmal auf die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses zuzukommen.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen dem geänderten Beschlussvorschlag einstimmig zu.

12. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Gleichmann (CDU) eröffnet das Thema Spielgruppen. Wer keinen Betreuungsplatz bekommen habe, könne dieses Angebot nutzen. Seines Wissens sei es derzeit so, dass die Spielgruppen immer von 09 Uhr bis 12 Uhr stattfinden.

Er wisse, dass es zu dem Thema einen Beschluss aus dem Jahr 2024 gibt. Laut diesem solle ein stufenweiser Abbau erfolgen, was er für einen großen Fehler halte. Er habe Gespräche mit mehreren Grundschuldirektoren in Bergisch Gladbach geführt. Diese hätten mitgeteilt, dass es viele Kinder mit Sprachbarriere gebe, die beim Eintritt in die Schule noch kein Deutsch sprächen. Er regt an, die bestehende Infrastruktur der Spielgruppen zu nutzen und das Angebot somit umzufunktionieren. So könne man Kinder vielleicht auf spielerische Art fördern und erste Sprachbarrieren abbauen.

Als zweiten Punkt nennt er die GGS Gronau. Es könne nicht sein, dass bauliche Mängel sich auf die Bildungsqualität auswirken. Es gebe ein massives Problem der Chancengleichheit. Er fragt nach Maßnahmen, die den Zuständen in der GGS Gronau entgegenwirken sollen.

Abschließend bezieht er sich auf den *Socker-Käfig* der Grundschule in Hebborn und fragt nach dem Zugang.

Frau Werker (Verwaltung) bestätigt bezüglich der Spielgruppen, dass es einen Konsolidierungs-- Beschluss gebe. Im Rahmen der engeren Vorgaben sowie der negativen Entwicklung der städtischen Haushaltssituation habe man sich nochmal mit dem Thema beschäftigt. Es gebe derzeit noch vier Gruppen und eine davon habe bereits zurückgemeldet, dass es ab August 2026 keine Anmeldezahlen gebe. Dies sei etwas, womit sich die Verwaltung insgesamt gerade beschäftige. Sie werde daher auch mit den anderen Spielgruppen sprechen. Gemäß politischem Auftrag sei die Verwaltung berechtigt als auch verpflichtet, sich mit Ausgabepositionen zu befassen, dies werde derzeit entsprechend umgesetzt.

Frau Werker (Verwaltung) bezieht sich auf die von Herrn Gleichmann genannte Idee, die Spielgruppen umzufunktionieren. Bestehende Strukturen zu nutzen, sei prinzipiell sinnvoll, aber in diesem Fall bestehe die Schwierigkeit darin, dass es viele Maßnahmen im Bereich Sprachförderung gebe. Auch im Bereich der KiBiz-Novellierung seien neue Maßnahmen vorgesehen. Ebenso würde das Thema Sprachförderung in den Kitas selbst bearbeitet. Derzeit sei zu hoffen, dass in den nächsten Jahren immer ein Kitaplatz gefunden werden kann und somit kein Ausweichangebot mehr notwendig ist. Sie verspricht, dass im Jugendhilfeausschuss über weitere Entwicklungen informiert werde.

Herr Dekker (Verwaltung) fügt hinzu, dass die GGS Gronau einen zusätzlichen Raumbedarf habe. Aus baurechtlichen Gründen könne aber nicht einfach ein zusätzlicher Bau gestartet werden. Man habe bereits nach Lösungen gesucht und beschäftige sich auch weiterhin damit. Derzeit werde eine mobile Lösung diskutiert, um einen Raum zu schaffen, der baurechtlich unproblematisch ist. Diese und weitere Ideen seien aber noch nicht ausgereift. Man wolle versuchen, den Bedarf der Schule zu decken und nehme Kontakt mit der Schulleitung auf, um den genauen Bedarf festzustellen. Zu gegebener Zeit würden sowohl im ASG als auch im Jugendhilfeausschuss entsprechende Informationen folgen.

Frau Werker (Verwaltung) bezieht sich auf die Öffnung der Schulhöfe. Der Jugendhilfeausschuss sei dazu berechtigt, einen Bedarf festzustellen, z. B. in Form einer Öffnung der Schulhöfe als Freizeitorte für Kinder- und Jugendlichen oder einer eingeschränkten Öffnung außerhalb der OGS-Zeiten. Dies seien unterschiedliche Fachdebatten, die in diesem Gremium geführt werden können. Der richtige Fachausschuss sei am Ende aber der AIUSO. Somit könne das Ergebnis der Beratung im Jugendhilfeausschuss als fachlicher Input in den AIUSO gegeben werden.

Herr Eschbach (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) bittet die Verwaltung um eine Stellungnahme zu den Themen Digitalisierung und Organisations-Untersuchung, gerne in der nächsten Sitzung. Er sehe insbesondere in Fachbereich 5 wahnsinnig viele Potenziale. Das neue Stadthaus sei noch nicht bezugsfertig, aber die Verwaltung auch noch nicht umzugsfähig.

Herr Dekker (Verwaltung) teilt dazu mit, dass dieses Thema auch weitere Ausschüsse betreffe. Man werde die Anfrage schriftlich beantworten. Er fügt hinzu, dass die Verwaltung immer umzugsfähig sei.

Herr Paduch (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) fragt nach dem derzeitigen Zustand des ASD. Es sei immer wieder die Rede davon, dass es schwierig sei, Personal zu finden und zu halten.

Frau Ahlers (Verwaltung) berichtet, dass sich die Besetzung des ASD im Vergleich zu den Vorjahren verbessert habe. Daran habe man tatkräftig gearbeitet. Die aktuelle Haushaltslage und wirtschaftliche Situation erschwerten jedoch eine Prognose darüber, ob dieser Zustand gehalten werden kann. Dennoch gebe es derzeit ungefähr vier Stellen, die nicht besetzt werden können. Dies führe aber nicht zu dramatischen Fallzahlen.

Parallel liefen außerdem verschiedene Projekte, die in der Personalbemessung nicht vorgesehen sind und welche die Fachkräfte belasten, darunter die Organisations-Untersuchung, der Umzug ins neue Stadthaus und die Digitalisierung.

In den Teams beobachte sie einen sehr großen Zusammenhalt. Man helfe sich gegenseitig, aber das gleiche das Ganze nicht aus. Hinzu käme, dass viele sehr junge Fachkräfte in diesem Bereich tätig seien, wodurch es teils an Erfahrungsbreite und Fachwissen fehle. Dies habe aber keinesfalls etwas damit zu tun, dass die einzelnen Personen nicht engagiert oder nicht fähig seien. Im Gegenteil, man freue sich über hoch engagierte Fachkräfte, die bis in die Abendstunden viele Fälle begleiten. Der ASD sei breit gefächert und es dauere seine Zeit, bis man als Fachkraft richtig angekommen sei.

Herr Paduch (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) bedankt sich für die Darstellung, dies beantworte seine Frage nach dem aktuellen Stand. Er werde zukünftig nochmal auf das Thema zurückkommen und erneut danach fragen.

Herr Eschbach (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) stimmt zu, dass der ASD ein sehr fordernder Arbeitsbereich sei. Er fragt, ob die erfahreneren Kolleginnen und Kollegen ihren Arbeitsplatz aufgegeben hätten, weil der Druck bzw. die Belastung zu hoch waren und ob der Weggang nur durch Neubesetzungen ausgeglichen werden konnte.

Frau Ahlers (Verwaltung) erwidert, dass dies sehr unterschiedlich sei. Derzeit bestehe das Team wie bereits erwähnt aus sehr jungen Fachkräften und man müsse damit rechnen, dass sich durch private Umstände, zum Beispiel eine Hochzeit oder eine Schwangerschaft, nochmal etwas ändere, was später möglicherweise zu einem Wechsel des Wohn- bzw. Arbeitsortes führe.

Genauso gebe es aber auch Fachkräfte, denen die Belastung zu groß ist. Im ASD könne man beispielsweise nicht voraussagen, was der Tag bringen werde und es gebe auch keinen Deckel an Fällen. Die Tätigkeit gehe mit viel Verantwortung einher, aber gleichzeitig habe man eigentlich nicht die Zeit, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Deshalb würden einige Kolleginnen und Kollegen intern in Spezialdienste wechseln.

Sie erinnert sich zurück an die Zeit, in der sie gestartet ist. Damals sei es anders gewesen, es habe viele Fachkräfte gegeben, die Orientierung bieten konnten und von denen sie bei Hausbesuchen unglaublich viel lernen konnte. Das fehle heute. Sie gehe schon davon aus, dass es eine gewisse Quote gebe, die deshalb kündige.

Es sei daher wichtig, mit neuer Personalpolitik dafür zu sorgen, dass das bestehende Personal erhalten bleibt. Zu diesem Zweck habe man auch die *Taskforce Kinderschutz* ins Leben gerufen und bereits viele Fachkräfte intensiv fortgebildet.

Herr Köchling (Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe) berichtet, dass er in den letzten Wochen mehrfach Gremien auf Landesebene besucht habe. Dort sei berichtet worden, dass die kommunalen Aufwendungen für die stationäre Jugendhilfe enorm steigen würden. Er habe sich gefragt, was das für die Stadt Bergisch Gladbach heißt: Gibt es auch hier eine solche Entwicklung – nicht im gesamten Hilfebereich, sondern bei der stationären Unterbringung?

Sollte dem so sein, bittet er darum, dieses Thema auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung zu setzen und ggf. eine erste Idee zu erarbeiten, welche Maßnahmen geeignet wären, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Frau Ahlers (Verwaltung) teilt mit, dass das Quartals-Controlling noch bevorstehe und sie daher keine aktuellen Zahlen nennen könne. Sie könne aber sagen, dass es keine dramatische Entwicklung in der stationären Jugendhilfe gebe. Die extremen Fallzahlsteigerungen zeigten sich immer in den ambulanten Eingliederungshilfen, vor allem in den Schulbegleitungen.

In den stationären Hilfen seien die Kosten in den letzten Monaten bzw. Jahren ebenso gestiegen. Der Grund sei die höhere Zahl an jungen Menschen, die nicht gut untergebracht werden konnten,

weil für die stationäre Jugendhilfe die Angebote fehlten. Man habe dann in extrem teure, einzelfallgestrickte Konstellationen investiert. Leider sei dafür noch keine gute Lösung gefunden worden. Dies ginge vielen Jugendämtern so und sei auch schon mit dem Landesjugendamt diskutiert worden. Sie werde aber gerne nochmal auf die Zahlen schauen und prüfen, ob eine bzw. welche Entwicklung dort zu erkennen ist.

Frau Werker (Verwaltung) fügt hinzu, dass für die nächste Sitzung auch Zahlen hinsichtlich der Schulbegleitung vorbereitet werden würden.

Frau Lammers (Caritasverband) merkt an, dass in der Eingliederungshilfe zwar ein unheimlicher, sprunghafter Nachfragensatz komme, die Besetzung oder Verwaltung der Fälle aus Trägersicht aber unproblematischer laufen als beim ASD.

Im ASD gebe es sehr schwierige Situationen hinsichtlich stationärer Unterbringung, Inobhutnahme und Kindeswohlgefährdung. Sie hätte dazu gelesen, dass 34 Fälle pro Person angestrebt werden, aber zu dem Zeitpunkt 50 Fälle realistisch waren. Sie fragt, ob sich das verbessert hat, weil sie dahingehend leider keinen großen Unterschied bemerke.

Frau Ahlers (Verwaltung) antwortet, dass man hinsichtlich der Zählung vorsichtig sein müsse. 34 Fälle würden – abhängig von der zu Grunde liegenden Statistik – bedeuten, dass es um 34 Familien gehe. Somit könne es sein, dass damit 34 Hilfen zur Erziehung zuzüglich familiengerichtlicher Verfahren bzw. 8a-Verfahren einhergehen, ggf. auch noch Eingliederungshilfen. Man rechne somit in Kernprozessen. Zu vergleichen, dass eine Fachkraft 34 Fälle und eine andere „nur“ 25 hat, sei daher zu kurz gedacht. So könne es zum Beispiel sein, dass die Kollegin mit weniger Kernprozessen gleichzeitig noch acht Fälle sozialpädagogischer Diagnostik bearbeite, welche mit deutlich mehr Arbeitsaufwand einhergehen. Man müsse all das in ein Verhältnis setzen, sonst könne man mit den 34 Fällen pro Kopf nichts anfangen. Vielleicht könne man dies auch in der Vorlage berücksichtigen.

Frau Opiela (Vorsitzende) bedankt sich für den konstruktiven fachlichen Austausch und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:35 Uhr.

Vorsitzende (Frau Opiela)

Schritfführung (Frau Mark)